

Südümgehung macht Bürgermeister Sorgen

Politik Kosten gestiegen

Von unserem Mitarbeiter
Dieter Fluck

■ **Limburg.** Um die Südümgehung ist es wieder ruhig geworden, und einige Bürger hegen den Verdacht, dass die Politik vor der Kommunalwahl am 27. März bewusst die Füße still halten will. Auf eine Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Rompf antwortete Bürgermeister Martin Richard (CDU) am Montag im Stadtparlament: „Es gibt keinen konkreten Zeitplan.“ Es werde angestrebt, die Planunterlagen noch rechtzeitig vor der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans beim Bundesverkehrsministerium einzureichen.

Dieser Plan, der 2015 fortgeschrieben wird, ist ein Rahmenplan. In ihm wird jedes Vorhaben nach Dringlichkeit unter „vordringlicher Bedarf“ oder „weiterer Bedarf“ eingeordnet. Der Bund ist als Baulastträger auch für die Finanzierung zuständig. Richard geht

davon aus, dass die Unterlagen für die Südümgehung noch in diesem Jahr vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen Dillenburg zur Prüfung und weiteren Bearbeitung beim Ministerium eingereicht werden. Vermutlich lägen die Unterlagen in Berlin längst vor, hätte nicht die Grundwasserproblematik näher untersucht werden müssen.

Probeuntersuchungen hatten ergeben, dass auf der bevorzugten Trasse 1a teils sehr hohe Grundwasserstände bestehen, die weitere hydrogeologische Untersuchungen auch für die Trasse 2 erforderlich machten. Der Verein „Keine Südümgehung Limburg“ hatte im vorigen Jahr die Problematik des hohen Grundwasserstandes erkannt. Laut Bürgermeister seien die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen und müssten noch mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt werden. Er meinte: „Die Frage wird sein, ob der Bund angesichts der neuen hydrogeologischen Erkenntnisse bereit ist, die erhöhten Kosten zu tragen.“